
Liberal. Liberal. Liberal

Die FDP droht in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Der neue Präsident Thierry Burkart will den Absturz verhindern – mit dem Mantra des Liberalen. Vier Gründe, nicht auf einen Erfolg zu wetten.

Von [Dennis Bühler](#), [Lukas Häuptli](#) (Text) und [Kristian Hammerstad](#) (Illustration), 22.11.2021



Thierry Burkart hat es mit dem Liberalen.

«Als Liberaler bin ich kein Freund von Einschränkungen», sagt er am 12.-November 2021 der «[Schweizer Illustrierten](#)».

«Die FDP muss sich auf ihr liberales Wertefundament besinnen», erklärt er am 26. Oktober 2021 der Republik.

«Die grosse Herausforderung für mich wird in den nächsten zwei Jahren sein, klar aufzuzeigen, dass die FDP die liberale Stimme in unserem Land ist», erklärt er am 22. Oktober auf SRF.

«Wichtig ist mir für die Zukunft, dass wir unsere liberal-bürgerlichen Werte mit klarer Kante kommunizieren», sagt er am 3. Oktober dem «Sonntags-Blick».

«Lasst (uns) den liberalen Aufbruch wagen», fordert er am 2. Oktober bei seiner Wahl zum Parteipräsidenten an der FDP-Delegiertenversammlung.

«Die FDP soll eine Volkspartei mit klarer liberaler Kante sein», erklärt er am 2. Oktober dem «Tages-Anzeiger».

Wenn es ums Liberale geht, kennt Thierry Burkart kaum Grenzen. In einem Interview mit der NZZ braucht er das Wort 14 Mal – in seinen 20 Antworten.

Nun ist es so eine Sache mit dem Liberalen. Es ist ein Schlagwort des politisch Ungefähren, ein Schlagwort, das mehr Fragen stellt, als es Antworten gibt. Für wen – zum Beispiel – soll das Liberale gelten? Für alle? Für viele? Für einige? Oder: Ist mit «liberal» vor allem Freiheit im Wirtschaftlichen gemeint? Im Gesellschaftlichen? Im Sozialen?

Doch der Reihe nach.

Seit Anfang Oktober ist Thierry Burkart – 46, Aargauer Ständerat und Anwalt in einer Wirtschaftskanzlei – Präsident der FDP. Dass er bei der Wahl der einzige Kandidat gewesen war, wäre kaum der Rede wert. Hätte man nicht das Gefühl, dass ihn seither genau aus diesem Grund kaum ein Parteimitglied kritisiert.

So sagt die Zürcher Nationalrätin Doris Fiala, die sich als eine von vier Delegierten der Stimme enthielt (3 Freisinnige stimmten gegen Burkart, 296 für ihn): «Unsere politischen Differenzen sind – in der Europafrage und betreffend Ökologie – ein offenes Geheimnis. Dennoch ist es für mich nicht infrage gekommen, aktiv Nein zu seiner Kandidatur zu sagen. Schliesslich war Burkart der Einzige, der überhaupt bereit war, sich in den Dienst der Partei zu stellen und für dieses enorm aufwendige und anspruchsvolle Amt zu kandidieren.»

Keine Kritik, schon gar keine öffentliche, immerhin macht einer den Präsidenten. Das sagt schon viel über den Zustand der FDP aus, die angeblich mehr als 100'000 Mitglieder hat.

Dabei ist die Partei ja nicht irgendeine. Sie verstand sich während Jahrzehnten als Nachfolgerin der Staatsgründer von 1848 und als wichtige Klammer der Willensnation Schweiz. In ihrem Selbstverständnis verkörperten die Freisinnigen damals weite Teile von Staat und Volk. Sie standen nicht nur für individuelle Freiheit ein, sondern sahen sich auch verantwortlich für das grosse gesellschaftliche Ganze.

Das war in der Zeit des endenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Bis 1891 stellte die FDP sieben von sieben Bundesräten, bis 1943 mindestens vier. Auch im Parlament gehörten die Freisinnigen neben den Katholisch-Konservativen und den Sozialdemokraten zu den grössten Fraktionen. Ihr Wähleranteil lag lange bei fast 30 Prozent.

Ihren letzten Höhepunkt erlebte die FDP dann Ende der Siebzigerjahre – allerdings mit einem ganz anderen Verständnis des Verhältnisses zum Staat. Der Slogan, den die Zürcher Freisinnigen erfunden hatten und mit dem die nationale Partei in die eidgenössischen Wahlen von 1979 stieg, lautete: «Mehr Freiheit, weniger Staat».

Der Erfolg war überwältigend. Die FDP steigerte ihren Wähleranteil um fast 2 Prozentpunkte. Doch der Slogan sollte in den nächsten Jahren, ja Jahrzehnten zu einem Problem der Partei werden – und zu einem Grund für ihren Bedeutungsverlust. Denn mit dem programmatischen Anti-Etatismus verabschiedeten sich die Freisinnigen von ihrem Selbstverständnis als staatstragender Partei, wie die beiden Journalisten Philipp Loser und Alan Cassidy in ihrem Buch «Der Fall FDP» aufzeigen. Die Parole «Mehr Freiheit, weniger Staat» bildete den Nährboden dafür, dass sich viele Freisinnige immer weniger als Verantwortliche für das grosse Ganze sahen – und immer mehr als Vertreter von Einzelinteressen. Als Vertreterinnen der Wirtschaft, der Finanzwirtschaft vor allem.

Es war die Zeit, als Bruno Hunziker das FDP-Präsidium übernahm. Hunziker, wie Burkart Wirtschaftsanwalt aus dem Aargau, stand dem Zürcher Banken- und Versicherungs-Freisinn nahe. Deren Vertreter sassen nicht nur im Parlament, sondern auch in Verwaltungsräten grosser Unternehmen: FDP-Nationalrat Ulrich Bremi etwa in jenen der damaligen Schweizerischen Kreditanstalt und Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft, FDP-Nationalrat Peter Spälti in dem der früheren Winterthur-Versicherungen, FDP-Nationalrat Hans Rüegg in dem der ehemaligen Schweizerischen Bankgesellschaft. Es war der Beginn der engen Verflechtung von wirtschaftlichen und politischen Interessen, es war der Einzug der gezielten Interessenpolitik in die FDP.

24 Prozent Wähleranteil als letzter Höhepunkt der FDP im Jahr 1979: Davon können Präsident Thierry Burkart und seine FDP heute nur noch träumen. Sie kämpfen in ganz anderen Gefilden. 15,1 Prozent betrug der Anteil bei den letzten Wahlen im Jahr 2019, 13,6 Prozent im SRG-Wahlbarometer Mitte Oktober. Gelingt es Burkart und der FDP nicht, den Wert bis zu den nächsten nationalen Wahlen im Herbst 2023 zu erhöhen, droht einem ihrer beiden Bundesratsmitglieder die Abwahl. Karin Keller-Sutter als einzige FDPlerin in der Landesregierung (was die wahrscheinlichere Variante ist als Ignazio Cassis als einziger FDPler): Das wäre für die Partei der Schweizer Staatsgründer eine historische Zäsur.

Nur: Reicht Burkarts Mantra des Liberalen, um den Absturz der FDP in die Bedeutungslosigkeit zu verhindern?

Franz Steinegger, der die Partei zwischen 1989 und 2001 präsidierte und dessen Wort bei den Freisinnigen noch immer Gewicht hat, zweifelt. «Die FDP darf nicht zur liberalen Sekte werden», warnt er. «Sie braucht mehr als ein paar liberale Slogans. Sie muss sich breiter aufstellen und mehr Verantwortung fürs Ganze übernehmen. Sonst wird sie zur 7- oder 8-Prozent-Partei.»

Aber auch aus anderen Gründen stehen die Zeichen schlecht, dass Thierry Burkart die Kehrtwende schafft. Es sind im Wesentlichen vier – und bei jedem der Gründe hilft ein Blick zurück in die Parteigeschichte.

1. Thierry Burkart pocht auf Unabhängigkeit. Doch an ihm haftet der Verdacht der Klientelpolitik

Ich führe mit sehr vielen Personen Gespräche und höre zu. Aber ich lege meine politischen Positionen aufgrund meiner Überzeugungen fest.

Liberal. Frei. Unabhängig. Das ist das Programm des Präsidenten.

Unabhängig?

Am Telefon die Frage: Herr Burkart, sind die Mandate aus der Wirtschaft, die Sie haben, ein Problem? Ein Problem für Ihre Unabhängigkeit?

Für einen unangenehm langen Moment herrscht in der Leitung Stille. Deshalb: Frage wiederholen.

Thierry Burkart ist hörbar gereizt. Erwidert, er habe die Frage schon x-mal beantwortet. Und nein, er wiederhole die Antwort nicht. Das Intermezzo gipfelt im Vorwurf Burkarts, Journalisten schrieben erstens sowieso, was sie wollten. Und zweitens alles voneinander ab.

Doch dann sagt er, und mit ein wenig gutem Willen überhört man den mit-schwingenden Trotz in der Antwort: «Ich führe mit sehr vielen Personen Gespräche und höre zu. Aber ich lege meine politischen Positionen aufgrund meiner Überzeugungen fest.»

Eine Auswahl von Burkarts Wirtschaftsmandaten bei seiner Wahl zum FDP-Präsidenten am 2. Oktober 2021 (wie sie zu diesem Zeitpunkt im Interessenbindungsverzeichnis der Bundesversammlung ausgewiesen waren):

- Präsident des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbands Astag
- Verwaltungsrat der Immobilienfirma Bovida Real Estate
- Stiftungsrat der Immobilienstiftung HIG Immobilien
- Verwaltungsrat der Holdinggesellschaft Birchmeier Holding
- Verwaltungsrat des IT-Unternehmens Elca Group
- Beirat der Industriefirma Stiebel Eltron
- Präsident der Swiss Association for Autonomous Mobility
- Präsident der Allianz Sicherheit Schweiz
- Vorstandsmitglied des Informationsdienstes öffentlicher Verkehr (Lit-ra)

Von diesen Mandaten waren sieben bezahlt. Allein für das Astag-Präsidium soll Burkart 100'000 Franken pro Jahr erhalten; er selbst will zu seinen Einnahmen nichts sagen.

Man mag einwenden: Das alles macht das Wesen des politischen Milizsystems aus. Ein arbeitstätiger Mann wird aus der Mitte des Lebens ins Parlament gewählt und vertritt die Interessen des Volks, seiner Partei, seiner Wählerinnen, seines beruflichen Umfelds – und allenfalls seine eigenen. Einführung in die Staatskunde, Teil 1.

In Wirklichkeit ist es aber oft umgekehrt: Parlamentsmitglieder werden Mandatsträger, *nachdem* sie gewählt worden sind; Politiker sind nicht immer schon Interessenvertreter, sie werden es erst in ihrer Funktion als National- oder Ständerat. Deshalb sind die Fragen wichtig: Was umfassen die

Mandate genau? Welche Klientel steht dahinter? Und was erwartet diese für die Entlohnung?

Es ist in erster Linie Burkarts Mandat beim Lastwagenverband Astag, das auch in der FDP für Kritik sorgt. Das berichtete der «Tages-Anzeiger» im letzten August.

Seither ist diese Kritik nicht leiser geworden. «Für mich ist unverständlich, dass Thierry Burkart Präsident des Astag bleiben will», sagt Vincenzo Pedrazzini, der mehrere Jahre Vizepräsident der FDP war. «Der Präsident der FDP muss – neben seiner beruflichen Tätigkeit – unabhängig sein.» Finanzielle Verpflichtungen in politisch motivierten Organisationen schaffen immer Abhängigkeiten, sagt Pedrazzini. «Es gilt auch hier: Wenn jemand etwas zahlt, erwartet er auch etwas.»

Was dazukommt: Thierry Burkart steht im Verdacht, einen direkten Draht zu ausgewählten Rechtsfreisinnigen zu haben, in erster Linie zu den beiden Aargauern Daniel Heller und Hans-Jörg Bertschi. Heller ist Vizepräsident der PR-Agentur Farner (bei der Burkart während seines Studiums als Praktikant gearbeitet hatte), war jahrelang Aargauer FDP-Grossrat und gilt als Burkarts politischer Ziehvater. Der 61-Jährige sitzt aber auch im Vorstand des Vereins Zivilgesellschaft, dessen Präsident der rechtsbürgerliche Ex-Banker und Ex-NZZ-Präsident Konrad Hummler ist und dessen Ehrenpräsident der Financier und Blocher-Vertraute Tito Tettamanti. Hans-Jörg Bertschi wiederum ist ein Aargauer Lastwagen-Grossunternehmer und amtiert als Co-Präsident der EU-kritischen Organisation Autonomiesuisse.

Immer wieder wird auch kolportiert, Rechtsbürgerliche hätten übermässigen Einfluss auf Burkart, ja, Heller und Hummler hätten gar eine Art Parteiprogramm für ihn geschrieben.

Burkart stellt das kategorisch in Abrede. «Daniel Heller hat mich in frühen Jahren politisch sehr stark gefördert», sagt er. «Ich bin mit ihm noch heute freundschaftlich verbunden, habe aber keinen regelmässigen Kontakt mehr mit ihm.»

Vor allem aber, Sie wissen es, sagt Thierry Burkart: «Ich führe mit sehr vielen Personen Gespräche und höre zu. Aber ich lege meine politischen Positionen aufgrund meiner Überzeugungen fest.» Auch deshalb bleibe er Präsident des Astag und Mitglied verschiedener Verwaltungsräte.

Doch dann sagt Thierry Burkart plötzlich: «Ich gebe verschiedene Mandate ab, zum Beispiel das als Beirat der Stiebel Eltron AG, das als Stiftungsrat der HIG Immobilien-Anlage-Stiftung oder das als Präsident der Swiss Association for Autonomous Mobility. Ich verzichte aus Zeitgründen auf diese Mandate.»

Wie unabhängig soll der FDP-Präsident sein? Wie unabhängig die FDP?

Ein Blick zurück in die Geschichte liefert eine Antwort: Seit die Einführung von politischen und wirtschaftlichen Einzelinteressen in den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts begann, haftete der Partei der Beigeschmack der Klientelpolitik an. Und dieser Beigeschmack wurde Jahre später zum zentralen Problem der FDP.

Es war am 15. November 2001, als der «Tages-Anzeiger» einen Gastbeitrag von Christoph Blocher veröffentlichte; der Artikel findet sich noch heute auf Blochers Website. Der damalige SVP-Nationalrat und faktische Parteichef kritisierte im Artikel die enge Verflechtung von politischen und wirt-

schaftlichen Interessen. Er veranschaulichte sie am Beispiel der Swissair, aber das Beispiel war im Grunde unwichtig. Wichtig war dem SVP-Strategen: Sinnbild der Verflechtung ist die FDP. Sinnbild ist der Filz der FDP.

Dieser Ruf der Filz- und Klientelpartei prägte danach während Jahren die öffentliche Wahrnehmung der Partei. Er war ein wichtiger Grund dafür, dass sie bei den Wahlen 2003 2,6 Prozentpunkte Wähleranteil verlor. Und dass sie diese bis heute nicht wieder zurückgewinnen konnte.

2. Thierry Burkart hat keine Berührungsängste. Jedenfalls nicht gegenüber der SVP

Das wahre Problem des Rahmenabkommens ist der Verlust an Souveränität.

Wer Thierry Burkart und seinen Politikstil verstehen will, kommt um die Lektüre eines Gastbeitrags nicht herum, den Burkart am 14. Januar dieses Jahres in den Zeitungen des CH-Media-Verbunds veröffentlichte. Darin forderte er den Bundesrat auf, die Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen unverzüglich abubrechen. Andernfalls würden die Schweizer Behörden zu «Erfüllungsgehilfen», die verpflichtet wären, europäisches Recht in inländisches zu überführen.

Die Reaktionen waren heftig: «Das Rahmenabkommen mit der EU entzweit die Freisinnigen», hiess es in der «Schweiz am Wochenende». «Der Druck auf Aussenminister Cassis steigt», schrrieb die NZZ. Und die Tamedia-Zeitungen titelten: «Prominenter FDP-Ständerat fällt Cassis in den Rücken.»

Tatsächlich vertrat Burkart in seinem Gastbeitrag nicht nur eine fundamental andere Position als der für die Verhandlungen verantwortliche freisinnige Bundesrat Ignazio Cassis, sondern hintertrieb auch die Haltung der Partei, die sich 2019 an einer Klausur in Engelberg klar hinter das Rahmenabkommen gestellt hatte – «aus Vernunft», wie Fraktionschef Beat Walti damals zu Protokoll gegeben hatte und noch zwei Jahre später bekräftigte.

Burkart sagt dazu im Gespräch mit der Republik, er habe schon 2018 darauf hingewiesen, dass das Rahmenabkommen bei der Schweizer Bevölkerung nicht mehrheitsfähig sei. In der Tat forderte er die Landesregierung damals via «SonntagsBlick» auf, sich einzugestehen, dass das Abkommen «nicht nur aussen-, sondern auch innenpolitisch praktisch tot» sei.

Klar ist: Die Unruhe, die Burkart im Januar mit seinem Gastbeitrag stiftete, gereichte ihm persönlich zum Vorteil. Erstens war sein Name während Tagen in aller Munde. Zweitens schien er sich in der Rolle desjenigen zu gefallen, der sich auch unbequeme und unpopuläre Wahrheiten auszusprechen traut (und der durch den Verhandlungsabbruch des Bundesrats vier Monate später indirekt recht erhielt). Drittens und vor allem signalisierte er der SVP – bis dahin die einzige Partei, die Fundamentalopposition gegen eine nähere Anbindung an die EU betrieb –, dass auf ihn zu zählen sein wird.

Die SVP dankte es Burkart, kaum war sein Interesse an einer Kandidatur für die FDP-Spitze öffentlich geworden. So adelte ihn der weit rechts politisierende Aargauer Nationalrat Andreas Glarner, der für gewöhnlich gern über angeblich verweichlichte Freisinnige herzieht, als «valablen Kandidaten», dem er zutraue, «den Freisinn wieder auf den freiheitlich-liberalen Kurs zurückzuführen». Und Burkaverbots-Initiant Walter Wobmann schwärmte von Burkart: «Er gehört zu den vernünftigsten Freisinnigen.»

Allerdings: Historisch ist es der FDP nie gut bekommen, wenn sie sich in der Europafrage auf die eine oder andere Seite schlug. So erhielt sie bei den eidgenössischen Wahlen 1995 – als sie 0,7 Prozentpunkte Wähleranteil verlor – die Quittung für ihre Ja-Parole bei der EWR-Abstimmung drei Jahre zuvor. Ein dezidiert europakritischer Kurs wäre nun ein mindestens genauso riskantes Vabanquespiel. Zumal mit der GLP eine Partei um europhile Menschen buhlt, die bisher FDP wählten.

«In der EU-Frage sollte die FDP zurückhaltend sein», sagt denn auch der frühere Parteipräsident Steinegger. «Sie sollte einen pragmatischen, aber klugen Kurs fahren. Es war für die FDP immer gut, wenn sie das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU als wirtschaftspolitisches und nicht als politisch-institutionelles Thema betrachtete.»

Auch mit einer zu engen Anbindung an die SVP ist der Freisinn nie gut gefahren. Als Burkarts Vorgänger Philipp Müller vor einigen Jahren mit dem damaligen SVP-Chef Toni Brunner (sowie CVP-Präsident Christophe Darbellay) einen «bürgerlichen Schulterschluss» propagierte, folgte ihm weder die eigene Fraktion noch die Basis.

Nachwahlbefragungen bei FDP-Wählerinnen hatten schon 2011 gezeigt: Die SVP ist bei ihnen fast ebenso unbeliebt wie die SP. Dasselbe Bild ergab eine Analyse von Panaschierstimmen – die SVP rangierte ganz hinten.

3. Thierry Burkart schießt scharf: Gegen die in vielen Städten regierende SP genauso wie gegen die GLP. Damit vertieft er die Gräben

Am Schluss sind wir die letzte bürgerliche Partei, die jene Menschen in der Stadt erreicht, die nicht in einem staatlich verordneten Umerziehungsbiotop leben möchten.

Inwiefern Burkart als FDP-Präsident die Nähe zur SVP sucht, lässt sich nach knapp sieben Wochen im Amt noch nicht stichhaltig beurteilen. Argumentativ aber spielt der Mann, der einst seine Maturarbeit über Christoph Blocher schrieb, gern auf derselben Klaviatur.

Auf die Frage, ob die FDP davon profitieren könne, dass die SVP jüngst die links regierten Städte zu ihren neuen Lieblingsfeinden erklärte, antwortete er mit einem Satz, der auch von SVP-Präsident Marco Chiesa stammen könnte: «Am Schluss sind wir die letzte bürgerliche Partei, die jene Menschen in der Stadt erreicht, die nicht in einem staatlich verordneten Umerziehungsbiotop leben möchten, die auch mal Zucker essen und nicht glauben, dass man mit dem Lastenvelo sämtliche Mobilitätsprobleme der Erde lösen kann.»

Zucker, Lastenvelo, Umerziehungsbiotop: Urbane Wählerinnen dürfte die FDP mit einer derart aggressiven, auf Klischees beruhenden Kommunikationsstrategie kaum zurückgewinnen. Das müsste sie aber, denn zu bewahren gibt es für sie in den Ballungsräumen so gut wie nichts mehr. Seit Anfang Jahr wird keine der zehn grössten Städte mehr von einem Freisinnigen präsiert. Ende September hat die Partei zudem das Präsidium der 17'000-Einwohner-Stadt Solothurn an die SP verloren, das sie zuvor während 28 Jahren mit Kurt Fluri besetzt hielt.

In den städtischen Parlamenten sieht es genauso düster aus: In Basel muss sich die FDP mit 7 Prozent der Sitze zufriedengeben, in Bern mit 9 und in Genf und Zürich mit je 17 Prozent.

Einer, der wenig von der Idee hält, den Abwärtstrend mit einem dezidiert rechten Kurs stoppen zu wollen, ist der Zürcher Nationalrat Hans-Peter Portmann. «An die SVP verlieren wir heute keine Wähler mehr», sagt er. «Diese Zeiten sind vorbei.»

Statt sich an der SVP zu orientieren, propagiert Portmann deshalb eine Zusammenarbeit mit der GLP, vor allem in der Umweltpolitik. «Ohne eine aktive Ökopolitik werden wir in urbanen Räumen massiv Stimmen verlieren», warnt er. Und das könne sich die FDP nicht leisten. «Unsere Fraktion braucht zum Überleben starke Delegationen aus urbanen Kantonen, denn nur Einzelvertretungen aus Klein- und Urkantonen werden nicht reichen, um eine liberale Politik umsetzen zu können.»

Nur: Unter Präsident Burkart wird die FDP weder eine aktive Ökopolitik verfolgen, wie sie Nationalrat Portmann vorschwebt, noch eine Kooperation mit den Grünliberalen eingehen.

In der Verkehrspolitik ist dem langjährigen Aargauer TCS-Chef und amtierenden Astag-Präsidenten vor allem die Strasse wichtig; das später an der Urne gescheiterte CO₂-Gesetz hat er im September 2020 als einziger FDP-Ständerat abgelehnt, im Abstimmungskampf hat er sich trotz freisinniger Ja-Parole lautstark (und erfolgreich) dagegen engagiert.

Auch gegen die proeuropäische Organisation Operation Libero schießt er scharf: Keine zehn Tage im Amt, bezeichnete er sie auf Twitter als «reine Kampftruppe der GLP». Und als die Operation Libero vor drei Wochen gemeinsam mit den Grünen ihre Idee einer Volksinitiative präsentierte, um die europapolitische Blockade zu durchbrechen, tat Burkart diese als «Quatsch» ab und sprach von einer «Operation Eigengoal». Erneut wählte er harte Worte: «Die Operation Libero und die Grünen fallen mit dieser Initiative dem Bundesrat in den Rücken und schlagen sich damit auf die Seite der EU. Das schadet der Schweiz.»

Kurz: So tatkräftig, wie Burkart Brücken nach rechts baut, reisst er Gräben gegen links auf.

Vor einem Linksrutsch warnt er so eindringlich, dass man sich zuweilen fast an die Zeiten des Kalten Krieges erinnert. So lautet sein bestes Argument, warum die FDP trotz womöglich arithmetisch fehlendem Anspruch auch über Dezember 2023 hinaus zwei Bundesratsmitglieder stellen soll: Linksrutsch. Eine Perspektive, die «ganz viele Leute mobilisieren wird», wie er glaubt.

«Mit seinen Positionen in der Klima- und der Europapolitik steht Thierry Burkart für einen Kurswechsel, der die Partei an ihrem linken Rand Stimmen kosten wird», sagt Politgeograf Michael Hermann. Die Partei sei an einem Erschöpfungspunkt angelangt. «Sie hat die progressive Wende nicht geschafft, die von Petra Gössi versuchte Neuorientierung ist gescheitert. Aus einem einfachen Grund: Weder die Wählerschaft noch die National- und Ständeräte haben ihn mit genügend innerer Überzeugung mitgetragen.» Es sei deshalb folgerichtig, dass es die FDP nun mit Thierry Burkart und einem anderen Kurs versuche. Allerdings: Die GLP stehe bereit, progressiven FDP-Wählern eine neue Heimat zu bieten.

4. Thierry Burkart ist auf Basisnähe aus. Doch das ist einfacher gesagt als getan

Die FDP ist eine Volkspartei.

Man wusste nicht genau, ob Thierry Burkart es sich selbst oder allen anderen sagen wollte, als er am 17. August 2021, einen Tag nach Bekanntgabe seiner Kandidatur als FDP-Präsident, auf Twitter schrieb: «Die FDP ist eine Volkspartei.»

Die FDP, eine Volkspartei? Ausgerechnet sie, die seit Jahren, ja Jahrzehnten an ihrem Image als Partei der Hochfinanz, der Manager und der Anwältinnen leidet?

Nun, die Parteigeschichte der letzten Jahre zeigt: Die Positionierung als Volkspartei kam der FDP nur zugute. Es war im Jahr 2012, als der Aargauer Nationalrat Philipp Müller das Parteipräsidium übernahm und die FDP näher an die Basis rückte. Er gab sich als Gipser (der er längst nicht mehr war), besuchte Ortspartei um Ortspartei und teilte demonstrativ die Wut der Bevölkerung über die Abzocker. An einer FDP-Versammlung im luzernischen Dagmersellen sagte Müller über einen Manager, der mehrere Millionen Franken pro Jahr verdiente: «Ein Arschloch bleibt ein Arschloch.» Zwar entschuldigte er sich später für seinen Ausrutscher, betonte aber: «Ich stehe inhaltlich zu meinen Aussagen.» Die Volksnähe von Müller und seiner FDP zahlte sich spätestens bei den nationalen Wahlen 2015 aus: Die Partei legte – erstmals seit 1979 – wieder zu, um einen Wähleranteil von 1,3 Prozentpunkten auf 16,4 Prozent.

Nun ist Thierry Burkart zwar wie Philipp Müller Aargauer und bemüht sich wie dieser um Volksnähe. Er erzählt in auffälliger Regelmässigkeit, dass er Schwingen möge, Schwingfeste besuche, zum OK des nächsten Nordwestschweizer Schwingfests gehöre. Dass er lauten Rock und Heavy Metal höre. Volksnähe halt. Dazu passt, dass er sich 2019 während seines Ständeratswahlkampfs von der «Schweizer Illustrierten» in seiner Wohnung ablichten liess. Titel der Homestory: «Thierry Burkart zeigt seine wilde Seite».

Wirklich wild war aber – und ist noch immer – wenig. Auf den Bildern der 200-Quadratmeter-Wohnung (aus der Burkart mittlerweile ausgezogen ist) blitzt und blankt es vor Glas, Chromstahl und Ordnung. Auch Burkart selbst wirkt wie sonst bei seinen Auftritten: dynamisch, proper, aber vor allem distanziert. Von Volksnähe wie bei Gipser Müller ist kaum etwas spürbar.

«Kann Thierry Burkart eine Ausstrahlung entwickeln, die ihn auch für Personen attraktiv macht, die bisher gar nicht oder andere Parteien – vor allem die SVP – gewählt haben?», fragt sich auch Politgeograf Hermann. «Mit seinem Habitus und seinem beruflichen Hintergrund wird es ihm nicht einfach fallen. Eine volksnahe Aura, wie sie Philipp Müller gewinnbringend einsetzte, kann man sich nicht einfach antrainieren.»

Das Pflästerli der Unverbindlichkeit

Seit Thierry Burkart FDP-Präsident geworden ist, haben er und seine Partei sich vor allem zum Covid-Gesetz sowie zur Umwelt- und Europapolitik geäussert.

Daneben besetzte Burkart das Parteisekretariat und bestimmte die Wahlkampfleitung. In einem nächsten Schritt will er die parteiinternen Strukturen anpassen. «In der FDP soll es künftig Ressortchefs geben, die für einzelne Themen verantwortlich sind», sagt er. «Die Partei soll sich auf drei bis vier Fokusthemen konzentrieren.»

Die Grundlage für die «Fokusthemen»?

Das Liberale, Liberale, Liberale.

Es ist der kleinste gemeinsame Nenner einer Partei geworden, die in den letzten Jahren immer wieder durch öffentliche Flügelkämpfe und durch parteiinterne «Heckenschützen» aufgefallen ist.

Thierry Burkart will diese FDP-internen Risse mit dem Kitt des Liberalen flicken. Als ob der Begriff ein Pflasterli wäre, mit dem sich überdecken liesse, dass die Partei längst nicht viel mehr als eine Ansammlung von Vertretern partikulärer Interessen ist.

Burkarts zweite Strategie: Er gibt sich alle Mühe, sich selbst ein neues Image zu verpassen. Seit dem 16. August 2021 – dem Tag, an dem er seine Kandidatur fürs Präsidium öffentlich machte – spricht er regelmässig von «sozialer Marktwirtschaft», von «Gemeinschaft» und Solidarität. Kurz: Er bestreitet mit Nachdruck, selbst zum besagten Flügel zu gehören, der den Freisinn spaltet: jenem rechts aussen.

«Das Bild über mich, wonach ich einfach ein rechtsbürgerlicher Liberaler sei, ist zu undifferenziert», sagt er auch der Republik. «Mir ist eine Politik wichtig, die auf das Vereinende aus ist. Ich bin für eine soziale Marktwirtschaft sowie für einen schlanken, aber auch starken Staat. Ich vertrete also durchaus eine Staatsräson.»

Das sind doch ziemlich ungewohnte Worte für einen Politiker, der im parlamentarischen Alltag bis jetzt vor allem dadurch auffiel, dass er Einzelinteressen von Auto- und Lastwagenverbänden, von Armee und Rüstungsindustrie vertrat. Dass er sich auch für die sogenannte Überbrückungsleistung einsetzte (wie er selbst betont), hat vermutlich weniger mit einem sozialpolitischen Engagement zu tun als mit dem Umstand, dass die Vorlage von Bundesrätin und Parteikollegin Karin Keller-Sutter stammte.

Bleibt das Liberale. Ist es Kitt genug, um die FDP-internen Risse zu kitten? Um die Kehrtwende einer Partei zu schaffen, die in den letzten 42 Jahren (mit einer Ausnahme) nur noch verlor?

Kaum. Sie erinnern sich: Mit dem Liberalen ist es so eine Sache. Es steht für das politisch Unverbindliche, es ist das parteipolitische Feigenblatt, hinter dem sich immer wieder andere Partikularinteressen verstecken.

Es verdeckt, dass das Wirtschaftsliberale anderes meint als das Gesellschaftsliberale, das Umweltliberale anderes als das Sozialliberale. Die Frage, die das Allerweltswort zwar stellt, aber nicht beantwortet, ist immer die gleiche: Wo, wann und wie soll wessen Freiheit bewahrt werden? Das Liberale an sich bleibt ein Schlagwort des Ungefährlichen, das mehr Fragen stellt als Antworten gibt.